

Die Figur des aktiven Bürgers in der politischen Ideengeschichte

Republikanisches Ethos und demokratisches Selbstverständnis

Skadi Krause*

Schlüsselwörter: Transformation der Demokratie, Republikanismus, Gemeinsinn, politisches Handeln, Bürger

Abstract: Behandelt werden in diesem Aufsatz die wichtigsten Diskursfelder zur Figur des aktiven Bürgers in der politischen Ideengeschichte. Der Rekurs auf die republikanische Tradition dient dabei als Mittel politiktheoretischer Selbstverständigung und normativer Orientierung, insofern er es ermöglicht, heutige Differenzen zu markieren und, was noch weit entscheidender ist, historische Transformationsprozesse zu beschreiben, die unser heutiges demokratisches (Selbst-)Verständnis bestimmen und formen.

Abstract: This essay deals with the most important areas of discourse on the figure of the active citizen in the history of political ideas. Recourse to the republican tradition serves as a means of political-theoretical self-understanding and normative orientation, insofar as it makes it possible to highlight today's differences and, what is even more decisive, to describe historical transformation processes that determine and shape our current democratic (self) understanding.

In der heutigen Debatte ist es unstrittig, dass eine Demokratie aktive Bürger*innen braucht, die sich für ihre politische Gemeinschaft interessieren und engagieren. Allerdings gibt es unterschiedliche Ansichten darüber, wie viele aktive Menschen eine funktionierende Demokratie benötigt und was politisches Engagement überhaupt bedeutet (vgl. Glaab 2016). Neben Appellen an eine aktive Wählerschaft und breites ehrenamtliches Engagement gibt es große Zweifel an direkter politischer Mitwirkung und der politischen Urteilsfähigkeit der Bürger*innen (vgl. Roth 2016). Eine zeitdiagnostische politische Theorie, der an einer adäquaten Beschreibung des Problems bürgerschaftlichen Engagements in modernen demokratischen Gesellschaften gelegen ist, sollte sich deshalb zunächst um eine unvoreingenommene Bestandsaufnahme bemühen, von welchem ideengeschichtlich überlieferten Konzept die Rede ist, wenn vom aktiven Bürger gesprochen wird, und welche Vorstellungen von Politik und Gesellschaft damit verbunden sind. Das schließt die Frage ein, ob diese noch geeignet sind, das Politikverständnis heutiger Bürger*innen einzufangen und normativ anzuleiten, denn dass die Debatte so gespalten ist, hat nicht nur etwas mit unterschiedlichen argumentativen und epistemischen Bezugspunkten zu tun, sondern ist zu einem Großteil auch auf die unhinterfragte und einseitige Orientierung an traditionellen Leitbildern zurückzuführen.

Deshalb sollen in diesem Aufsatz zunächst die wichtigsten republikanischen Diskursfelder zum aktiven Bürger umrissen werden, um das Potenzial, aber auch die Schwachstellen

* Skadi Krause, TU Darmstadt
Kontakt: skadi.krause@tu-darmstadt.de

dieser langen Tradition des Denkens für die zeitgenössische Politik hervorzuheben. Der Rekurs auf die Ideengeschichte dient dabei als Mittel der politiktheoretischen Selbstverständigung und normativen Orientierung. Er soll dabei helfen, die Differenzen zum deutlich jüngeren liberalen Diskurs zu markieren und, was noch weit wichtiger ist, historische Transformationsprozesse zu beschreiben, die dabei helfen können, unser heutiges demokratisches (Selbst-)Verständnis besser zu bestimmen und es von älteren republikanischen Darstellungen abzugrenzen. Aktuelle Vorstellungen von Bürger*innen, die an der Politik teilnehmen, inkludieren nämlich nicht nur Gruppen, deren Staatsbürgerschaftsstatus jahrhundertlang problematisch war (vgl. Lister 2007), sondern eröffnen auch neue Beteiligungsmöglichkeiten, die über bestimmte Arrangements formaler Rechtsansprüche, organisierte Formen des öffentlichen Protestes und das Engagement in politischen Vereinen und Parteien weit hinausgehen. Heute erleben wir eine Zunahme von Bürger*innendialogen, Bürger*innenhaushalten, Bürger*innenjurs, Bürger*innenkonsultationen etc. Behörden bemühen sich darum, die digitalen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Transparenz und neue Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen (vgl. Barnes/Newman/Sullivan 2007). Dies alles erweitert das Bild von den Rechten, Pflichten, Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten moderner Staatsbürgerschaft (vgl. Doheny 2007; Jenson/Philips 2001). Und es verändert die Logik politischer Partizipation, wenn nicht mehr nur die Bürger*innen aufgefordert sind, für ihre Rechte und Freiheiten zu streiten, sondern auch staatliche Behörden verpflichtet werden, ihr vormals exklusives Verwaltungswissen so transparent wie möglich zu gestalten und Bürger*innen bei der Umsetzung von Verfahren immer wieder aktiv einzubeziehen.

1. Der aktive Bürger im republikanischen Diskurs der Antike und der frühen Neuzeit

Die Figur des aktiven Bürgers wird in der politischen Theorie seit der Antike immer wieder thematisiert. Bereits Perikles hat in seinen von Thukydides überlieferten Reden an die Bürger Athens appelliert, sich aktiv für das Gemeinwesen zu engagieren und öffentlichen Gütern die gleiche Aufmerksamkeit zu widmen wie privaten. Die politische Gemeinschaft, wie Perikles sie stilisierte, war auf aktive Bürger geradezu angewiesen, weil sie sich nur so vor inneren und äußeren Feinden schützen konnte. Politisches Engagement war für Perikles aber mehr als bloß eine Funktionsvoraussetzung und Überlebensgarantie des Gemeinwesens; er begriff es zugleich als den erfolgversprechendsten Weg menschlicher Selbstverwirklichung, als den Königsweg gelingenden Lebens schlechthin (vgl. Thukydides 1973: 143).

Aufgegriffen hat diesen Gedanken, dass menschliche Selbstverwirklichung und politisches Engagement miteinander Hand in Hand gehen, unter anderem Aristoteles, der sich sowohl in der *Nikomachischen Ethik* wie auch in der *Politik* mit der Frage beschäftigte, was die höchste und beste Form menschlichen Lebens sei. Abseits der politischen Sphäre, so das tragende Argument in der *Politik*, gebe es keine menschliche Selbstverwirklichung, kein gelingendes Leben. Erst im Diskurs der Bürger über ihr Gemeinwesen seien sie im Selbstentwurf frei und gleich. Dagegen ebne ein breiter Rückzug der Bürger aus dem öffentlichen Leben einer Herrschaft von Despoten und Tyrannen den Weg, die auch das Gemeinwesen als solches zerstören können. Es waren also zusammengenommen zwei Argumente, auf die sich